Verdacht gegen eine andere Person, ist nach Anordnung der notwendigen Einleitungsverfügung das Ermittlungsverfahren gegen diese weiterzuführen.

So wurde in einem Fall gegen einen bereits einschlägig vorbestraften Täter ein Ermittlungsverfahren wegen Verbrechens nach § 121 Abs. 2 Ziff. 3 StGB eingeleitet. Im Verlaufe der Untersuchung konnte er überführt werden, in zwei Fällen Frauen vergewaltigt zu haben. Im selben Bereich waren jedoch in letzter Zeit mehrere derartige Verbrechen bekannt geworden, wovon in drei Fällen die Beschreibung auf den überführten Täter zutraf. Die Einleitungsverfügung wurde gegen den Beschuldigten um diese Straftaten ergänzt. In den folgenden Vernehmungen gab der Beschuldigte die Begehung dieser Verbrechen auch zu. Als er jedoch den Frauen zur Identifizierung gegenübergestellt wurde, stellten diese sehr bestimmt in Abrede, daß es sich um den Mann handle, der an ihnen ein Verbrechen begangen habe. Daraufhin widerrief auch der Beschuldigte sein Geständnis und erklärte, daß er die weiteren drei Straftaten nur zugeben habe, um in Ruhe gelassen zu werden. Eine nochmalige detaillierte Vernehmung der drei Geschädigten ergab die Gewißheit, daß nicht der Beschuldigte der Täter war. Folglich mußte die wegen der erwähnten drei Straftaten vorgenommene Erweiterung des Ermittlungsverfahrens rückgängig gemacht werden. Die Ermittlungen zu diesen Fällen wurden gegen Unbekannt weitergeführt.

2.5. Die Einstellung nach § 141 Absatz 1 Ziffer 3 StPO

2.5.1. Die gesetzlichen Voraussetzungen der Strafverfolgung

Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ist vom Vorhandensein des Straftatverdachts und der gesetzlichen Strafverfolgungsvoraussetzungen abhängig. Beides sind folglich notwendige Bedingungen für die Zulässigkeit eines Ermittlungsverfahrens. Während der Aufklärungstätigkeit trifft das Untersuchungsorgan Sachverhaltsfeststellungen, die es dahingehend prüft, ob sich in ihnen Merkmale und Tatbestände der allgemeinen und speziellen Strafnormen verwirklichen. Insoweit fällt das Untersuchungsorgan seine Entscheidungen über die Einleitung, die Durchführung und die Art der Beendigung des Ermittlungsverfahrens im Hinblick auf die im materiellen Strafrecht enthaltenen Bedingungen für das Vorliegen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit. Fehlt eine Voraussetzung für die Erfüllung des strafrechtlichen Tatbestands, so führt das zur Verneinung der Schuldfrage.

Völlig anderer Art als die mit der strafrechtlichen Verantwortlich-